



HESSISCHER LANDTAG

19. 05. 2026

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD**

Sozialstaatliche Verantwortung und nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Bürgergeldempfängern als Ausdruck des Sozialstaatsprinzips eine staatliche Aufgabe ist, deren Finanzierung verlässlich und nachhaltig gewährleistet werden muss. Die bisher vom Bund geleisteten Zuschüsse zur Finanzierung der Krankenversicherung von Bürgergeldempfängern decken nicht die tatsächlichen Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Dabei begrüßt der Landtag die Empfehlung der Finanzkommission Gesundheit, perspektivisch alle versicherungsfremden Leistungen vollständig aus Steuermitteln des Bundeshaushalts zu finanzieren.
2. Der Landtag stellt weiter fest, dass sich aus dieser Unterfinanzierung Finanzierungslasten ergeben, die zu einer zusätzlichen Belastung der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler führen, die Entwicklung der Lohnnebenkosten beeinflussen können und somit die verfügbaren Einkommen und die Kaufkraft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beeinträchtigen können. Insbesondere die außerordentliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze führt zu einer erheblichen Mehrbelastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern gleichermaßen. Zudem stellt der Landtag fest, dass steigende Lohnnebenkosten Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Erholung des Standorts hat.
3. Der Landtag begrüßt die auf Bundesebene geführte Debatte über eine nachhaltige und verursachergerechte Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die hierzu vorliegenden Empfehlungen der Fachkommissionen und Initiativen Hessens gemeinsam mit weiteren Ländern.
4. Der Landtag unterstützt die Landesregierung, die sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzt, die Finanzierung der Krankenversicherung von Bürgergeldempfängern künftig stärker an den tatsächlichen Aufwendungen auszurichten, eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen sowie Modelle einer langfristigen tragfähigen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungen zu schaffen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. Mai 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert